

Frage	Bündnis 90 / Die Grünen	DIE LINKE	Freie Wähler
<p><b>Was ist für ihre Partei / Ihre Wählervereinigung der richtige Weg im Umgang mit der Anmeldung von Kundgebungen, Demonstrationen und Saalveranstaltungen von neonazistischen Gruppierungen?</b></p>	<p>Den Nazis von heute muss man dort entgegentreten, wo sie versuchen, den öffentlichen Raum in Beschlag zu nehmen, um der Demokratie ihre Hilflosigkeit zu beweisen. Die Nazis von gestern redeten vom Recht, ja von der Pflicht des Stärkeren sich gegen Schwächere „rücksichtslos“ durchzusetzen – von der Pflicht, Schwächere zu unterdrücken und zu versklaven. Sie predigten Rassenwahn und schürten den Hass auf alles, was sie „undeutsch“ nannten. Und wie sie redeten, so handelten sie auch. Dass die Nazis von heute diesem böartigen und Menschen verachtenden Denken ihrer Vorgänger in wenig nachstehen, zeigt sich überall dort, wo sie „befreite Zonen“ durchsetzen konnten. Dort muss jeder Mensch, der anders aussieht als sich „deutsche Kameraden und Mädels“ das vorstellen, um seine Gesundheit, um Leib und Leben bangen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung geht zum Teufel, es herrscht brutale Intoleranz. Deshalb sagen wir Grünen: Keine Toleranz gegenüber Intoleranz, kein Fußbreit den Nazis. Zugleich plädieren wir dafür, es nicht mit Gegendemonstrationen am Tag und am Ort des Geschehens bewenden zu lassen. Am Vortrag an der Nazi-Route Zeichen setzen, entsprechende Plakate genehmigen lassen und dort rechtzeitig aufhängen... der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.</p>	<p>Zunächst müssen alle juristischen Möglichkeiten genutzt werden um diese zu verhindern. Bürgerhäuser sollten neonazistischen Gruppierungen nicht von der Stadt überlassen werden - dies kann beispielsweise durch entsprechende Hausordnungen festgelegt werden.</p> <p>Ist es nicht möglich juristisch gegen neonazistische Veranstaltungen vorzugehen ist es für DIE LINKE selbstverständlich offensiv, entschlossen und in Massen gegen solche vorzugehen. Das Konzept der Massenblockade hat sich zwei Jahre hintereinander in Dresden und auch in anderen Orten als erfolgreich erwiesen: Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass alle demokratischen Kräfte gemeinsam das gleiche Ziel einte und keine Spaltung in "guten, bürgerlichen" und "bösen, antifaschistischen" Protest seitens der Demonstrant_innen zugelassen wurde. Der Oberbürgermeister aus Jena kann hier als gutes Beispiel dienen.</p>	<p>Grundsätzlich fühlen wir uns der Meinungsfreiheit und dem Demonstrationsrecht verpflichtet. Dieses Recht beanspruchen können all jene Personen und Gruppen, die sich unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichermaßen verpflichtet und verbunden fühlen. Nach unserer Meinung trifft dies auf rechtsradikale wie linksradikale Gruppierungen nicht zu, weswegen deren öffentliche Auftritte im Zweifelsfall zu unterbinden sind.</p>
<p><b>Wie beurteilen Sie das Vorgehen der Stadtverantwortlichen mit</b></p>	<p>Wir erwarten, dass die Stadt alle Möglichkeiten des Verbots von Nazi-Veranstaltungen voll ausreizt. Das lässt die Nazis im Ungewissen darüber, was ihnen an Handlungsmöglichkeiten bleibt</p>	<p>Dieses Vorgehen halten wir für unverständlich und unverantwortlich: Den Neonazis wurde ein ganzer Wiesbadener Stadtteil auf dem Silbertablett serviert. Mit Hilfe</p>	<p>Die seitens der Stadt ergriffenen Maßnahmen können wir im Detail nicht beurteilen. Grundsätzlich haben wir uns über die große Bürgerbeteiligung als</p>

<p><b>dem NPD-Aufmarsch in Wiesbaden-Erbenheim am 8. Mai 2010?</b></p>	<p>und erschwert ihnen die Mobilisierung. Doch die Wiesbadener Ordnungsdezernentin Zeimetz ist im Mai letzten Jahres allein der Devise gefolgt „Hauptsache, der Wiesbadener Innenstadt bleibt der Anblick von Nazis erspart“. Um das zu erreichen, hat sie einen skandalösen Handel mit den Nazis gemacht und ihnen Erbenheim als Exerzierplatz auf dem Silbertablett serviert. Unsere Politik gegen Rechts sieht anders aus: „Kein Fußbreit den Rechten“</p>	<p>martialischer Polizeipräsenz wurde die Neonazi-Demonstration am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durchgesetzt. Die Gegendemonstranten wurden seitens der politisch Verantwortlichen, insbesondere der Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz (CDU) kriminalisiert und diffamiert. Statt wie in anderen deutschen Städten Seite an Seite gegen die Neonazis zu demonstrieren, ermöglichten die Wiesbadener Stadtoberen diesen einen ungehinderten Marsch - den diese auch entsprechend als Erfolg zu würdigen wussten. Damit wurde im Übrigen die bisherige "Wiesbadener Linie" von Vorgänger Peter Grella (CDU) durchbrochen.</p>	<p>Gegengewicht zum Nazi-Aufmarsch gefreut.</p>
<p><b>Wie gehen Sie im Parlament mit rechten Parteien / Gruppierungen um? Findet eine parlamentarische Auseinandersetzung statt? Kommen gemeinsame Anträge in Frage?</b></p>	<p>Selbst wenn sich uns in einer für uns sehr wichtigen Angelegenheit – wie bei der Durchsetzung einer wirksamen Baumschutzsatzung – eine fremdenfeindliche und rabiati-nationalistische Gruppierung wie die Republikaner als Mehrheitsbeschaffer andient, sagen wir dazu ohne Wenn und Aber „Nein Danke!“ So haben wir es in der Vergangenheit gehalten. So werden wir es in der Zukunft halten. Und wie immer man unsere Beteiligung an dem Jamaika-Bündnis bewerten mag – kaum war dieses Bündnis in Kraft, war Schluss mit gemeinsamen Abstimmungen von CDU, FDP und Republikanern, war Schluss mit dem Anschein, die Republikaner seien als Gleiche unter Gleichen.</p>	<p>DIE LINKE ist überzeugt davon, dass die Strategie des Totschweigens nicht die richtige im Umgang mit neonazistischen Gruppierungen und Parteien ist, sondern vielmehr eine Auseinandersetzung, auch im Parlament, stattfinden muss. Viele Anträge kommen harmlos daher, sind dies aber ideologisch keineswegs. Die Fraktion Linke Liste war in der vergangenen Wahlperiode die einzige, die sich in Redebeiträgen mit den Anträgen der Republikaner auseinandergesetzt hat.</p> <p>Gemeinsame Anträge mit Neofaschisten kommen für DIE LINKE nicht in Frage. Wir verurteilen aufs Schärfste, dass es beispielsweise in der letzten Wahlperiode im Ortsbeirat Erbenheim gemeinsame Anträge von CDU, FDP, SPD und Republikanern gegeben hat.</p> <p>Auch unhaltbare Zustände wie in der Wahlperiode 2001 - 2006, in der ein ehemaliger Republikaner als Mehrheitsbeschaffer für CDU und FDP diente, wird es mit der LINKEN nicht geben.</p>	<p>Eine parlamentarische Auseinandersetzung wird und muss es stets unter allen parlamentarischen Kräften geben. Gemeinsame Anträge mit rechten wie linken Radikalgruppierungen können nur dann in Frage kommen, wenn sie sich nicht gegen eine persönliche Orientierung, Religion oder gegen sonst ein verfassungsmäßig garantiertes Recht richten.</p>

<p><b>Wie bewerten Sie die Benennung Wiesbadener Schulen nach antisemitischen und undemokratischen Personen?</b></p>	<p>Der Lehrer und Heimatdichter Rudolf Dietz, nach dem eine Grundschule in Naurod benannt ist, hat nicht nur antisemitische Gedichte verfasst und das Ende der Weimarer Demokratie in einer Ode auf den „Führer“ bejubelt. Er ist noch nach der Reichspogromnacht mit seinen Spottversen auf jüdische Mitbürger durch Wiesbadener Schulen getingelt. Er ist als Pensionär nazistischen Kampforganisationen beigetreten und hat aus seine Freundschaft zu dem Nazi-Propagandisten Walter Minor nie einen Hehl gemacht. Hessische Schulen haben den gesetzlichen Auftrag, junge Menschen zu Toleranz zu erziehen. Mit dieser Aufgabe ist es absolut unvereinbar, dass eine Wiesbadener Grundschule nach einem Wegbereiter des NS-Regimes benannt ist. Wir Grüne haben deshalb in die Stadtverordnetenversammlung erneut einen Antrag auf Namensänderung der Nauroder Grundschule eingebracht, dafür aber keine Mehrheit gefunden.</p>	<p>Wir halten die Namensgebung der Rudolf-Dietz-Schule für einen Skandal. Ein antisemitischer Heimatdichter darf nicht als Vorbild von Schüler_innen gelten. Damit stehen wir nicht allein, sondern teilen beispielsweise die Meinung von Lehrerkollegium und Elternschaft.</p> <p>Die Kritik sollte sich aber nicht auf Rudolf Dietz beschränken. Auch andere Schulen sollten auf ihre Namensgebung kritisch untersucht werden</p> <p>Die unrühmliche Vergangenheit ehemaliger Wiesbadener Oberbürgermeister (Erich Mix, Alfred Schulte) und anderer politischer Vertreter muss schonungslos offengelegt werden.</p> <p>Nicht nur Schulen, sondern auch Straßennamen sollten insgesamt überprüft und umbenannt werden: Zahlreiche Straßen in Wiesbaden sind beispielsweise nach Militaristen benannt.</p>	<p>Schulen sollten grundsätzlich nicht nach Undemokraten benannt sein oder benannt werden.</p>
<p><b>Welchen Stellenwert hat für Ihre Partei / Ihre Wählervereinigung die Gedenk- und Erinnerungsarbeit?</b></p>	<p>Wir lehnen jede Schlussstrich-Debatte grundsätzlich ab. Die Shoa und die mörderische Verfolgung all derer, die nicht in das brutale Einheitsbild der Nazis passten, stellt Nachkommen der Täter, Mitläufer und Opfer vor die unveräußerliche Verantwortung, Gewähr für ein „Nie wieder“ zu leisten. Doch Erinnerungsarbeit muss sich immer wieder neu erfinden, um wirksam sein zu können.</p> <p>Immer größere Teile unserer Bevölkerung weisen einen Migrationshintergrund auf und sind über keinerlei Familienbande in die deutsche Vergangenheit verstrickt. Die Zahl der Zeitzeugen, die aus eigenem Erleben von Verfolgung und Widerstand</p>	<p>Die Auseinandersetzung mit und das Gedenken und mahnende Erinnern an die Verbrechen und Gräueltaten des Nationalsozialismus ist eine wichtige Aufgabe, die immer wieder neu mit Leben erfüllt werden muss. DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an die von den Nazis deportierten Mitbürger_innen.</p> <p>Mahnmale wie die alte Schlachthoframpe oder das namentliche Gedenken am Michelsberg halten die Erinnerung wach und erfüllen damit eine wichtige Aufgabe.</p>	<p>Die Gedenk- und Erinnerungsarbeit an alle Verfolgte politischer oder rassistischer Gewalt hat für uns einen hohen Stellenwert.</p>

	<p>berichten kann, nimmt ab. Es gilt die vierte und fünfte Generation nach dem Holocaust zu erreichen. Deshalb gilt es neue Formen und Inhalte der Erinnerungsarbeit zu finden.</p> <p>Neue Vermittlungstechniken z.B. im Internet können da hilfreich sein. Vor allem aber gilt es einen neuen Fokus der Auseinandersetzung anzusteuern – die NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den hoch aktuellen Diskurs über die praktische Durchsetzung individueller und kollektiver Freiheitsrechte einzubringen. Ganz konkrete Erfolge haben wir Grüne während der Jamaika-Koalition in Sachen dezentrales Gedenken erzielt: Gedenkorte, wie die Schlachthoframpe oder das kürzlich eröffnete Mahnmal am Michelsberg wurden endlich verwirklicht. Aber auch kleine Gedenkorte, wie die Stolpersteine, sind uns wichtig. 2004 stellten wir den Antrag, dieses Projekt nach Wiesbaden zu holen. Stolpersteine begegnen einem täglich mehrmals in Wiesbaden. Wie sehen darin eine Aufforderung, sich stetig mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Das zentrale Mahnmal für den Widerstand und die Opfer der Verfolgung während des NS-Regimes harret noch der Umsetzung.</p>		
<p><b>Wie schätzen Sie den / die inner- und außerparlamentarische/n Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in Wiesbaden ein?</b></p>	<p>Wer den Reden in seiner Nachbarschaft aufmerksam zuhört und wer sich in seriösen Quellen informiert, weiß - er muss nicht in den Rheingau gehen, um auf offenen Antisemitismus, unverschleierte Islamfeindlichkeit und zynischen Fremdenhass zu treffen. Dabei gilt: Was einem erheblichen Teil der Akademiker die Islamfeindlichkeit und brutaler Sozialdarwinismus ist, das mag für manch bildungsferneren Menschen der Antisemitismus sein. Doch wichtig ist bei alledem nur eines – Zivilcourage im</p>	<p>In den vergangenen Jahren war ein Aufflammen neonazistischer Tendenzen in Wiesbaden zu erkennen. Gerade auf Jugendliche hatten NPD und freie Kräfte zwischenzeitlich einen nicht zu verleugnenden Einfluss.</p> <p>Auch durch die Gegenaktivitäten und die Aufklärungsarbeit des Wiesbadener Bündnis gegen Rechts konnte dem etwas entgegengesetzt werden.</p> <p>Heute schätzen wir die Gefahr als</p>	<p>Da wir noch keine Mandatsträger in Wiesbaden sind, steht uns eine Beurteilung hierzu nicht zu. Generell beobachten auch wir eine Radikalisierung der Gesellschaft an den Rändern. Dem ist durch bürgernahe und bürgerfreundliche Politik mit allen gesellschaftlichen Kräften entgegen zu wirken.</p>

	<p>persönlichen Umfeld zeigen und organisierter Intoleranz mit gemeinsamen Kräften entgegenwirken.</p>	<p>eingedämmt ein, glauben jedoch, dass der Boden nach wie vor fruchtbar ist für entsprechende Angebote, die im Moment zum Glück fehlen.</p> <p>Mit Besorgnis beobachten wir auch in Wiesbaden die Zunahme antimuslimischen Rassismus. Dieser wird uns von betroffenen Muslim_innen regelmäßig geschildert.</p>	
<p><b>Welche Maßnahmen sollte Ihrer Ansicht nach die Stadt Wiesbaden zur Eindämmung von Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit durchführen?</b></p>	<p>Die Repräsentanten der Stadt Wiesbaden sollten sich stets offen die Seite derer stellen, die Demokratie und Meinungsfreiheit gegen die Intoleranz von Nazis verteidigen. Die Kommune sollte auf wechselseitiges Verständnis und Integration ausgerichtete bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen weiter und verstärkt unterstützen. In Quartieren, deren Problemlast Nährboden für Ressentiments sein kann, sollte das Quartiersmanagement ausgebaut werden. Die Integrationsvereinbarung sollte weiterhin genutzt werden, um eine Demokratiebewegung aller Weltanschauungen und Glaubensrichtungen zu befördern. Auch sollten weiterhin verstärkt die Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen gefördert und die Integrationsarbeit von Vereinen unterstützt werden. Denn Ablehnung von Menschen aus anderen Herkunftskulturen und anderer Religionen entsteht oft aus Unkenntnis. Als Zeichen der Anerkennung für die wichtige Integrationsarbeit riefen Grünen den jährlichen Integrationspreis ins Leben. Auch brachten wir das „WIF“ auf den Weg, um Frauen mit Migrationshintergrund ein niederschwelliges Angebot machen zu können. Beide Projekte müssen nun weitergeführt werden.</p>	<p>Im Kampf gegen Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus setzen wir auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einen kommunalen Aktionsplan gegen Rechts und ein gemeinsames, entschlossenes Handeln aller antifaschistischen Kräfte und Organisationen</li> <li>- die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Rassismus, Neofaschismus und antimuslimischen Rassismus, besonders an Schulen und in Jugend- und Familieneinrichtungen</li> <li>- die Einrichtung einer von der Polizei unabhängigen Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Neofaschismus und Rassismus</li> <li>- die Registrierung und Veröffentlichung rassistischer Übergriffe sowie psychosoziale und juristische Beratung für Opfer rassistischer Äußerungen, Drohungen und Angriffe</li> <li>- eine öffentliche, kommunale Berichterstattung zur Situation von Migrant_innen. Die Entwicklung eines kommunalen Antidiskriminierungsprogramms sowie antirassistische Fort- und Weiterbildung für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten</li> <li>- die Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention und das im</li> </ul>	<p>Integration ist kein Programm sondern das Ergebnis eines Prozesses. Um Integration zu ermöglichen, muss die Gesellschaft ein gemeinsames und für alle gültiges Fundament erhalten. Klientelpolitik lehnen wir nicht nur wirtschafts- und fiskalpolitisch sondern auch sozialpolitisch ab.</p>

		<p>Grundgesetz gewährte Recht auf Religionsfreiheit – dies beinhaltet auch den Bau von Moscheen, wo Muslime gleichberechtigt gegenüber Christen und Juden ihren Glauben praktizieren können</p> <p>Darüber hinaus halten wir Jugendkultureinrichtungen für unverzichtbar im Kampf gegen faschistische und neonazistische Bestrebungen: Überall, wo es solche Zentren gibt, fällt es Neofaschisten schwer Fuß zu fassen. Deshalb ist eine kommunale, finanzielle Förderung angebracht.</p>	
<p><b>Welche Projekte, Maßnahmen, Initiativen oder Aktionen hat ihre Partei / Wählervereinigung angeregt oder selbst durchgeführt um Rassismus, Neonazismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft zu bekämpfen?</b></p>	<p>Wir haben von Anfang an aktiv und maßgeblich im „Wiesbadener Bündnis gegen Rechts“ mitgewirkt, das „Rhein-Main-Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch am 8. Mai“ 2010 zusammengehalten. Wir haben die Gedenkstättenarbeit beflügelt und die Initiative „Stolpersteine“ nach Wiesbaden geholt. Das Entstehen zweier Bildbände über die verlegten Stolpersteine in Wiesbaden mit den Schicksalen, die dahinter stehen, entstanden mit unserer Unterstützung. Wir initiierten die Wiesbadener Integrationsvereinbarung und gestalteten sie aktiv mit. Wir schützten sie gegen Verleumdungs- und Aushöhlungsversuche und füllten sie mit praktischem Leben. Wir haben uns für Begegnungsräume für Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen eingesetzt</p>	<p>DIE LINKE hat das Wiesbadener Bündnis gegen Rechts mit initiiert und über die Jahre mit getragen.</p> <p>Die außerparlamentarische Arbeit wurde im Parlament durch die Stadtverordneten der Linken Liste mit Anträgen und Anfragen flankiert.</p> <p>Der 8. Mai wurde durch die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses auch im Nachhinein aufgearbeitet.</p>	<p>Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Verfolgung und Unterdrückung. Dies gilt für religiöse wie politisch motivierte Verfolgung. Im Falle unserer Wahl ins Stadtparlament werden wir Projekte gegen die politische oder religiöse Verfolgung von Menschen mit großem Selbstverständnis unterstützen.</p>
<p><b>Welchen Stellenwert haben für Sie solche Strukturen wie das "Netzwerk für Demokratie und Courage" oder das "Wiesbadener</b></p>	<p>Das Netzwerk haben wir als Informationsquelle genutzt, im Bündnis sind wir unverzichtbares Mitglied.</p>	<p>Ein isoliertes Vorgehen gegen Rechts ist erfahrungsgemäß nicht sonderlich effektiv. Nur wenn die viel beschworene Zivilgesellschaft gemeinsam gegen entsprechende Tendenzen vorgeht, ist mit Erfolg zu rechnen. Die genannten Strukturen halten wir deshalb für</p>	<p>Als Bürgerverein haben Engagement und Ehrenamt einen sehr hohen Stellenwert. Gerade wir Freien Wähler stehen ja dafür, Bürger statt Parteien in die Parlamente zu entsenden. Wir sind zudem der Auffassung, dass die Politik lediglich Rahmenbedingungen erzeugen kann.</p>

<p><b>Bündnis gegen Rechts"</b></p>		<p>unverzichtbar im Kampf gegen antidemokratische Tendenzen.</p>	<p>Viele gesellschaftlichen Ziele - und zu diesen gehören auch Integration, Offenheit und Zivilcourage - können nur von engagierten Bürgerinnen und Bürgern geschaffen und geschützt werden. Deshalb setzen wir uns ganz besonders für eine finanzielle Förderung des Ehrenamtes, beispielsweise in der Jugendarbeit, in Sportvereinen sowie in der Kultur- und Sozialarbeit ein.</p>
<p><b>Was wollen Sie zur Verbesserung der Situation langjährig Geduldeter in der LH Wiesbaden tun?</b></p>	<p>Dreh- und Angelpunkt der Grünen Antwort auf diese Fragen ist die Menschenwürde. Jedes Individuum, das sich in Wiesbaden aufhält, hat ein unverbrüchliches Recht auf angemessene Unterbringung, Ernährung und gesundheitliche Grundversorgung. Die Rechtslage macht es nicht eben einfach, diese Grundsätze humaner Solidarität durchzusetzen.</p> <p>Ein zweiter grüner Grundsatz lautet "Kinder haften nicht für ihre "Eltern" - wenn beispielsweise Jugendliche mit erloschenem Aufenthaltsrecht eine Chance sehen, in absehbarer Zeit in Deutschland einen für sie wichtigen Bildungsabschluss zu erlangen, dann soll man ihnen diese Zeit auch einräumen. Hier gilt: Statt Rechtsnormen nach dem Rasenmäherprinzip und blind für Einzelschicksale auszuführen, gilt es alle Möglichkeiten der Härtefallregelungen auszuschöpfen.</p> <p>Zum Dritten: Wir können vom kleinen Wiesbaden aus keine Ersatz-Außen-, Wirtschaft- und Entwicklungspolitik für den Bund in Szene setzen, um gegen die Ursachen von Flucht und Vertreibung anzugehen.</p> <p>Aber zu globalem Denken gehört auch hier lokales Handeln - beispielsweise in Form der Durchsetzung einer Fair-Trade-Strategie für die Landeshauptstadt. Zu Anfang mag die praktische</p>	<p>Wir wollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Menschen, die sich in Deutschland aufhalten. Hier gibt es große Defizite im Bereich der Illegalen, aber auch der EU-Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis (insbesondere Rumänen und Bulgaren)</li> <li>- die größtmögliche Nutzung von Ermessensspielräumen zu Gunsten der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Menschen ohne Bleiberecht</li> <li>- die Vermeidung von Abschiebungen, ggf. durch Einlegen von Rechtsmitteln gegen Bundes- oder Landesbehörden</li> <li>- eine psychosoziale Betreuung für Flüchtlinge aus Krisengebieten</li> <li>- die finanzielle Unterstützung für den Flüchtlingsrat</li> </ul>	<p>Langjährig Geduldete sind oftmals Menschen, die in der Lage sind, sich selbst zu unterhalten, durch Mitbürger versorgt werden, eine Ausbildung angetreten oder bereits abgeschlossen haben. Diesen Menschen sollte ein Bleiberecht zuteil werden.</p>

	<p>Breitenwirkung einer solchen Initiative für gerechtere Erzeugerpreise und menschwürdigere Arbeitsbedingungen in aller Welt gering sein - doch wer hier glaubwürdig Zeichen setzt, kann eine wichtige Vorbildfunktion für eine allgemeine Trendwende (weg von Ausbeutungsstrukturen, hin zu internationaler Solidarität) leisten. Unsere Vorstöße in der letzten Wahlperiode:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Auf unsere Initiative hin wurde eine Härtefallkommission für Wiesbaden gegründet. Aufgrund der bundesweiten Neuregelung des Bleiberechts brauchte diese noch nicht zu tagen.</li><li>• Weiterhin fordern wir Grüne seit langem, Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus endlich Bildungschancen zu geben und sie vor ausländerrechtlichen Konsequenzen, die durch den Schulbesuch entstehen können, zu schützen. Schulbildung ist ein enorm wichtiger Baustein der Integration und somit eine wichtige Basis der Zukunft der betroffenen Kinder. Im Hessischen Landtag gab es einen Vorstoß in diese Richtung, leider ohne Konsequenzen. Es ist unabdingbar, dass hier Zukunftschancen nicht verbaut werden, sondern alle Kinder und Jugendlichen ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.</li><li>• Einen Schritt weiter sind wir bei einem anderen, für uns Grünen sehr wichtigen Thema, gekommen. Auf unseren Antrag hin wird im kommenden Jahr eine humanitäre Sprechstunde, d.h. eine medizinische Erstversorgung für hier lebende Menschen ohne</li></ul>		
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--



	<p>Aufenthaltsstatus, so genannte Illegale, eingerichtet. Dieser Personenkreis war bisher mehr oder weniger von medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Eine humanitäre Sprechstunde soll nun die Versorgungslücke schließen und künftig Gesundheitshilfen für die Menschen in unsicheren Lebenslagen anbieten, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind, sich aber in keiner öffentlichen, sozialen Struktur, z.B. Sozialhilfe oder Krankenkasse, befinden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein weiteres Thema, um das sich die Grünen immer wieder kümmern, ist die Situation der besonders schutzbedürftigen minderjährigen Flüchtlinge in Wiesbaden. Den Kindern und Jugendlichen muss ermöglicht werden Deutsch zu lernen, die Schule zu besuchen und Zugang zu ärztlicher Versorgung zu erlangen. Jährlich werden rund zehn minderjährige Flüchtlingskinder und - Jugendliche ohne Eltern oder Erziehungsberechtigte von der Clearingstelle in Frankfurt nach Wiesbaden weitergereicht. Diese entwurzelten Kinder und Jugendliche benötigen einfühlsame pädagogische und psychologische Betreuung, um ihre leidvollen Erfahrungen aufzuarbeiten, schulische und berufliche Förderung, suchen wir kontinuierlich nach Lösungswegen, um sich eine Zukunft aufzubauen. Hierfür</li> </ul>		
<p><b>Wie bewerten Sie die</b></p>	<p>Sie ist oftmals verbesserungsbedürftig und ohne den unermüdlichen Einsatz des</p>	<p>Keine Stadt in Hessen hat einen so geringen Anteil von dezentraler</p>	<p>Diesen Sachverhalt können wir nicht beurteilen. Die Unterbringung von</p>

<b>Unterbringungssituation von Flüchtlingen in der LH Wiesbaden?</b>	Flüchtlingsrats läge noch mehr im Argen.	Unterbringung (64%) wie Wiesbaden. Alle Sammelunterkünfte am Stadtrand sind zugunsten von eigenen Wohnungen aufzulösen. Es darf schon gar nicht sein, dass unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge in Sammelunterkünften untergebracht werden.	Flüchtlingen unterliegt Standards, welche stets und mindestens einzuhalten sind.
----------------------------------------------------------------------	------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------